

Die „Weltzeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei hiesiger Zustellung im Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus zahlbar. Für den Postweg nehmen die üblichen Postzuschläge zu. Die Druckerei des Verlags ist für den Druck der Zeitungsblätter, die in den verschiedenen Ländern Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs M. 21.— für das übrige Ausland M. 30.— in Rechnung zu stellen. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neu eingekaufte Kopiermaschine über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfrachten. Meins Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfrachten. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

WELTZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Oberschlesien und die Regierung

Keine dekorative Politik!

Die ober-schlesische Frage ist jetzt an einem Punkt angelangt, an dem es zweifelhaft erscheint, ob die mit ihrer Lösung Beschäftigten überhaupt noch einen gangbaren Ausweg zu finden imstande sein werden. Der ganze Widerstand der bürgerlichen Regierungskunst kommt hierbei zum Ausdruck; weil sie immer nationalistische und imperialistische Ansprüche berücksichtigen muß, volks- und weltwirtschaftliche Interessen nur so nebenher erwägt. So entstehen immer neue Schwierigkeiten und an Stelle einer vernunftmäßigen Regelung tritt dann der stänke Appell an die Gewalt.

Schon der Oberste Rat der Alliierten ist über das Problem gestolpert, wie eine Teilung Oberschlesiens vorzunehmen sei, ohne die Interessen der daran beteiligten Mächte zu schädigen. Wir hatten damals schon darauf hingewiesen, daß für England und Frankreich sowohl Deutschland wie Polen nur die Objekte für ihr eigenes weltpolitisches Spiel darstellen. Das Schicksal Oberschlesiens könnte beiden Mächten gleichgültig bleiben, wenn sie nicht befürchten müßten, daß die Besetzung der einen oder der anderen Seite zugleich eine Verschärfung des Kräfteverhältnisses auf dem Welttheater nach sich ziehen würde. Die französische Politik will Polen so weit kräftigen, daß es imstande ist, als Bundesgenosse und wirtschaftlicher Basal Frankreichs, Deutschland von Osten her zu kontrollieren. Die englische Politik dagegen läßt ein wirtschaftlich erstarrendes Deutschland nicht ungern, da sie genau weiß, wie sehr die Wiederbelebung des eigenen Handels abhängt von der Hebung der Konsumkraft des deutschen Volkes.

Was sollte der Völkerrundrat in dieser schwierigen Situation tun? Seine Mitglieder stehen entweder in direkter Abhängigkeit von den Entente-mächten, oder aber sie müssen sich um die Interessen ihrer eigenen Länder willen hüten, eine Entscheidung zu fällen, die den Wünschen der beiden Großmächte nicht entspricht. Seit Wochen also hat man in Genf sich mit dieser Frage beschäftigt. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sind zwar keine offiziellen Berichte ausgegeben worden, aber man weiß ungefähr, wie sich die Dinge abgepielt haben. Uebereinstimmung bestand darüber, daß eine Zerlegung des eigentlichen ober-schlesischen Industriegebietes nicht möglich sei, und deshalb kam man schließlich auf den Ausweg, die Schaffung staatlicher Verhältnisse vorzuschlagen, wie sie ihrerseits die Welt bisher noch nicht gesehen hat. Der Plan geht dahin, das Industriegebiet mit den deutschen Städten Königshütte, Ratibowitz und Beuthen abzuschneiden und es unter Hinzunahme der Kreise Pleß und Rybnik mit dem anstehenden polnischen Industriegebiet von Dombrowa zu einer Polenprovinz zusammenzufassen. Das ganze Gebilde sollte politisch der polnischen Oberhoheit unterstellt werden, die wirtschaftliche Verwaltung aber sollte eine Kommission übernehmen, in die Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei je einen Vertreter zu entsenden hätten. Daneben wurde der Vorschlag erwogen, diesem Polenstaat vollständige Autonomie zu gewähren, mit der Verpflichtung, die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen unverändert aufrechtzuerhalten. Dieser Vorschlag ist allerdings wieder fallen gelassen worden.

Der Plan der Kommission des Völkerrundrates sah auf dem Papier sehr schön aus; als es sich aber darum handelte, praktische Vorschläge zu seiner Durchführung zu machen, entstanden sofort die größten Schwierigkeiten. Nehmen wir allein die Regelung der Währungsverhältnisse. Die polnische Mark hat heute nur den fünfzigsten Teil des Wertes der deutschen Mark. Es wäre der polnischen Regierung gar nicht möglich, in der dazu zur Verfügung stehenden Zeit die ungeheuren Mengen Papiergeld zu drucken, die die ober-schlesische Wirtschaft brauchte, wenn das Gebiet die polnische Währung annehmen sollte. Aber selbst wenn es gelänge, würde die Wirkung der Einführung eines fast wertlosen Geldes katastrophal sein. Oder die Frage des Transporthens. Die ober-schlesischen Eisenbahnen stellen eine Einheit dar, die nicht willkürlich auseinandergerissen und von zwei verschiedenen Ländern aus verwaltet werden kann. Dazu kommt, daß Oberschlesien keine Wasserstraßen hat, sondern den ersten Anschluß an die schiffbare Oder durch den Koloniatkanal findet, der aber erst an der westlichen Grenze des Industriegebietes beginnt. So gibt es noch eine ganze Reihe wirtschaftlicher, technischer und sozialer Fragen, deren Regelung bei der Durchführung des Planes des Völkerrundrates unmöglich erscheint.

Deshalb kommt jetzt in der Tat alles darauf an, daß die deutsche Regierung noch in letzter Stunde durch ernste und sachliche Darlegung des Sachverhaltes den entscheidenden Mächten den Nachweis erbringt, daß all diese komplizierten und profitorischen Lösungen praktisch unausführbar sind und eine Gefahr für die Herstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen darstellen. Eine Teilung Oberschlesiens, die das Industriegebiet zerreißt und wichtige Teile zu Polen schlägt, würde zudem dem kranken deutschen Wirtschaftskörper eine neue tiefe Wunde schlagen. Unsere Leistungsfähigkeit würde noch härter herabgesetzt, die

Das Schicksal Oberschlesiens

Vor der Entscheidung

Paris, 11. Oktober.

Wie der Genfer Sonderberichterstatter des „Temps“ meldet, ist der Völkerrundrat heute nachmittags zu einer inoffiziellen Sitzung bei Baron Tshil zusammengetreten, um den Bericht des Biererkommissiones (Belgien, Brasilien, China und Japan) zu hören. Heute nachmittags werde der Rat in einer außerordentlichen Sitzung mit der Prüfung dieses Berichtes fortfahren, wenn über die Fassung des Gutachtens oder genauer der Lösung, die er anempfiehlt, im Völkerrundrat selbst noch keine volle Einigkeit hergestellt werden könne. Gleichwohl nehme man in Genf an, daß der Völkerrundrat am Mittwoch dem Vorstehenden des Obersten Rates, Briand, sein Gutachten vorlegen werde. Indessen sei eine kleine Verzögerung noch möglich. In Genf werde bestritten, daß die englische Regierung gegen eine für Polen zu günstige Lösung eine Art veto einlege. Die Londoner Regierung habe ebenso wie die Pariser, die römische und die japanische, die Frage dem Völkerrundrat übergeben und werde sich der Entscheidung des Rates beugen.

„Journal des debats“ erzählt aus Genf, daß nach gewissen Nachrichten der Völkerrundrat seine Schlussfolgerungen bereits offiziell dem Obersten Rate mitgeteilt habe. Frankreich und England sollen einige Abänderungen verlangt haben. Der Völkerrundrat soll gegenwärtig mit der endgültigen Fassung des Gutachtens beschäftigt sein, das er heute abend oder morgen dem Ministerpräsidenten Briand vorlegen lassen. Nach dem „Journal des debats“ ist es wenig wahrscheinlich, daß der Oberste Rat zusammenzutreten müsse, um die Entscheidung des Völkerrundrates in der ober-schlesischen Frage zur Kenntnis zu nehmen und sich über das vom Völkerrunde abgegebene Gutachten auszusprechen. Wahrscheinlich werde man bei dieser Gelegenheit ausschließlich die üblichen diplomatischen Wege gehen.

Der Völkerrundrat und die Alliierten

London, 11. Oktober.

Zu den verschiedenen Gerüchten über Empfehlungen mit Bezug auf Oberschlesien erzählt Reuter: Die Lage ist die, daß die Premierminister der Alliierten in Paris erklärt haben, sie würden die Empfehlungen des Völkerrundrates annehmen. Seit dieser Zeit haben die Mächte keinen Anteil mehr an der Frage genommen, weder direkt noch indirekt.

Erfüllung der Bedingungen des Ultimatus noch mehr erschwert werden. Dazu kommt, daß die Nationalisten sich bereits rüsten, eine ungünstige Lösung dem Ministerium Wirth als Schuld anzurechnen und sich bereit machen, die dann entstehende Erregung zur Beseitigung der Regierung auszunutzen. Die innere Stärkung der Republik würde gehindert, die monarchistisch-reaktionäre Strömung verbreitert werden.

In jedem anderen Lande würde eine Regierung, die in diesen Entscheidungstagen mit dem Ausland Verhandlungen hat, der Unterstützung der gesamten öffentlichen Meinung bis zur Lösung der Frage gewiß sein. Dies um so mehr, wenn es sich um die einzige Regierung handelt, die es bisher verstanden hat, sich durch ihre auswärtige Politik eine gewisse Autorität zu erwerben. Was geschieht aber hierzulande? Gerade in diesem Augenblick wird die Stellung der Regierung von innen heraus erschüttert und die Berliner Sensationspresse verkündet bereits die Kabinettskrise.

In der gestrigen Kabinettsitzung waren es demokratische Minister, die von der Notwendigkeit einer sofortigen Demission sprachen. Wenn eine Situation kritisch wird, dann sind die Herren Demokraten die ersten, die sich in die Büsche schlagen möchten. So war es, als es sich um die Entscheidung über den Friedensvertrag handelte, so möchten sie es jetzt treiben. Aber den Herren muß doch gesagt werden, daß diese Politik „rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“ wirklich unerträglich ist und sie und ihre Partei durch ihre Lächerlichkeit töten müßte.

Wie glaubt man es denn überhaupt verantworten zu können, die Regierung in eine Krise zu stürzen, also handlungsunfähig zu machen in dem Momente, wo sie umgekehrt mit größtem Nachdruck handeln müßte? Wie kann man eine politische Krise herbeiführen in dem Moment, wo eine definitive Entscheidung überhaupt noch nicht bekannt ist? Und warum soll die Regierung Wirth nach der Entscheidung abtreten müssen? Glaubte man wirklich, daß nach einer Ablehnung des Ultimatus ein Ministerium Helfferich ganz Oberschlesien für Deutschland gesichert hätte?

Eine Demission des Ministeriums Wirth Oberschlesiens wegen würde von den nationalistischen Parteien als Geständnis ausgebeutet werden, daß die Annahme des Ultimatus, die in Wahrheit Deutschland vor einer Katastrophe gerettet hat, daß der Versuch der Erfüllung, der die Stimmung für

CC. London, 11. Oktober.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, daß die fortwährenden Behauptungen, als ob die englische Regierung den Völkerrundrat in der ober-schlesischen Frage zu beeinflussen versuche, vollkommen falsch seien. Lord George und seine Kollegen seien ohne Nachricht über die Arbeiten der Biererkommission, und sie hätten auch im Laufe ihrer Beratungen nicht um Informationen nachgehakt. Sie wünschten die Entscheidung in der ober-schlesischen Angelegenheit erst lernen zu lernen, wenn sie vom Völkerrundrat endgültig gefaßt und den Mächten offiziell mitgeteilt wurde. Die britischen Sachverständigen in der ober-schlesischen Frage haben Genf bereits verlassen. Wie es in Paris beschlossen wurde, werde die englische Regierung die Entscheidung des Völkerrundrates durchaus respektieren. Ein Versuch Deutschlands, die englische Regierung zu beeinflussen, würde wirkungslos bleiben. Solche Bemühungen wären vergeblich, da der Entschluß des Völkerrundrates unbedingt respektiert werden müsse, was auch in England geschehen werde.

„New York Herald“ veröffentlicht eine Mitteilung aus Genf, wonach dort wegen der Entscheidung der Biererkommission eine schwere Krise ausgebrochen sei. Das Komitee hätte eine Teilungslösung vorgeschlagen, die sich der des Grafen Sforza näherte und das Industriegebiet anteilte. Die sich aus dieser Teilung ergebenden Anzutraglichkeiten sollten im Maße des Möglichen durch ein System wirtschaftlicher Abmachungen zwischen Deutschland und Polen ausgeglichen werden, und zwar unter Ueberwachung einer dreigliedrigen, aus einem Deutschen, einem Polen und einem Neutralen bestehenden Kommission. Die händigen Mitglieder des Völkerrundrates hätten diese vorgeschlagene Lösung ihren Regierungen bekanntgegeben, von denen einzelne ihren Vertretern aber den Auftrag gaben, diesem Vorschlag ihre Zustimmung zu verweigern. Insbesondere widersetzte sich Lisob George einer Zuweisung des Kreises Königshütte an Polen, ebenso wünschte er nicht, das Tarnowitz im Industriegebiet an Polen falle.

Erhöhte Truppenbereitschaft in Oberschlesien

DN. Paris, 11. Oktober.

Wie der „Matin“ meldet, haben die Truppenkommandanten in Oberschlesien die Anweisung ihrer Regierungen erhalten, sämtliche Truppenkontingente vom Mittwoch ab in erhöhter Bereitschaft zu halten. Vom Tage der Entscheidung der ober-schlesischen Frage durch den Völkerrundrat ab wird über Oberschlesien der gleiche Belagerungszustand verhängt werden, um etwaige Unruhen im Keime zu ersticken.

die Notwendigkeit der Revision im Ausland gestärkt hat, daß das alles ein Fehler und ihre eigene Hazardeur-Politik die richtige gewesen wäre. Innerpolitisch also ist die Entfesselung der Krise der beste Dienst, den man den nationalistischen Parteien erweisen kann. Außenpolitisch kann die Wirkung aber nur die sein, daß man den Schritten, die die Regierung Wirth unternommen hat, das Gewicht nimmt. Denn einer Regierung, die so erschüttert wäre, wie es die Berliner Zeitungen verkünden, würde das Ausland wohl nicht allzu viel Entgegenkommen zeigen.

Es ist rein dekorative Politik, die da wieder einmal getrieben wird, ein Rückfall in wilhelminische Methoden und Gepflogenheiten. Es ist zugleich auch unverantwortliche Politik. Das Ministerium Wirth ist eine parlamentarische Regierung und nur im Parlament kann über ihr Sein oder Nichtsein entschieden werden. Diese Ministerstürze ohne parlamentarische Entscheidung ist in Wirklichkeit die Verleugnung des parlamentarischen Systems, als dessen Verfechter sich die Demokraten so gerne ausgeben. Glaubte das Ministerium Wirth, daß seine auswärtige Politik vom Parlamente nicht mehr gebilligt wird, so muß es die Frage an das Parlament richten, und diejenigen Parteien, die diese Frage verneinen, haben dann die Verantwortung für die Führung einer anderen Politik zu übernehmen. Das Davonlaufen mag ja den Herrn Demokraten bequemer erscheinen, aber in der jetzigen Situation ist es Feigheit vor dem Feinde!

Die ober-schlesische Frage ist zu ernst, als daß sie zu parteitaktischen Manövern und zu Versuchen, der politischen Verantwortung zu entgehen, ausgenutzt werden darf. Es mag ja manchen rechtsgerichteten Herrn in den jetzigen Koalitionsparteien als eine günstige Gelegenheit erscheinen, Herrn Wirth über die ober-schlesische Frage fallen zu lassen, den Mann, der der Deutschen Volkspartei so arg verhaßt ist. Das Koalitionsgeheimnis wäre dann ja bequemer zu erledigen. Aber es geht um Oberschlesien, das heißt, um eine für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes wichtige Sache, und da muß all diesen Geschäfts-machern gesagt werden: Hände weg! Die Regierung muß in letzter Stunde zu retten suchen, was zu retten ist. Dann hat sie dem Reichstag Rechenschaft zu geben. Der Reichstag hat in aller Offenheit und in voller Verantwortung die Frage zu beantworten, ob eine andere

Kostik als die für die er durch die Annahme des Ultimatus entschieden hatte, richtig, ja überhaupt nur möglich gewesen wäre.

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Dr. Stresemann hat den Ausschuss zu Mittwoch früh einberufen. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die oberrechtlichen Fragen; es ist jedoch noch nicht gewiss, daß sie zur Verhandlung gelangen, weil noch immer keine authentischen Nachrichten eingetroffen sind.

Die schädliche Ausnahmeverordnung

Die „Münchener Morgenpost“ erneut verboten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 11. Oktober.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September wurde heute unser Münchener Parteiorgan, die „Münchener Morgenpost“, bis zum 25. Oktober verboten. Heute abend um 6 Uhr erschienen drei Polizeibeamte und beschlagnahmten die noch vorhandenen Exemplare der heutigen Ausgabe der „Morgenpost“. Als Begründung für das Verbot wird ausgeführt:

„Die Münchener Morgenpost hat in ihrer Nummer vom 11. Oktober einen Artikel gebracht, der die Ueberschrift „Verschwörung gegen die Republik“ trägt und sich in ungewöhnlich scharfer Weise gegen die Handhabung der Rechtspflege im Deutschen Reich wendet (der Artikel befaßt sich mit der Münchener Mörderzentrale). Das Polizeiverbot führt folgende Sätze aus dem inframinierten Artikel an:

„Dagegen versagt das Organ, das gerade berufen wäre, die verwerflichen Anschläge gegen die Republik zu bekämpfen. Die Justiz und ihre politischen Anhängel. Und wenn es über lauliche Hindernisse endlich geklärt ist, einen solchen Verbrecher vor den Richter zu bringen, so sind Freisprüche oder äußerst milde Urteile die Regel, und auch bei Fällung des Urteils wird durch eine einseitige Begünstigung im Strafvolzug dafür gesorgt, daß die Strafe den guten Freund nicht allzu hart trifft. Die heutige Justiz ist somit ein vollkommen unbrauchbares Instrument im Kampf gegen die verbrecherischen Anschläge auf den durch die Revolution geschaffenen Rechtszustand. Es ist kein Wunder; denn keine Vertreter sympathischeren offen und im geheimen mit denen, die sie verfolgen sollen. Es darf nicht mehr länger zugehört werden, daß, wie im Fall Ruge, die Organe der Justiz mit der Sicherheit der Republik Schindluder spielen. Wir können nicht warten, bis die deutsche Justiz sich bequemt, ihre Pflicht zu tun.“

Nachdem das Polizeiverbot diese Sätze aus dem Artikel der „Morgenpost“ zitiert hat, fährt es fort: „Diese Sätze gehen weit über das Maß einer sachlichen Kritik hinaus und sind geeignet, die deutsche Strafrechtspflege und den deutschen Richterstand in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich zu machen.“

In diesem Artikel hatte unser Münchener Parteiblatt ausdrücklich auf die Fälle Jagow, Ruge, Kasper, Poehner, Hirschfeld, Kessel, Marloh und Marburg hingewiesen, um sein Urteil über die deutsche Justiz zu begründen, und hatte gefordert, es müsse ein Spezialgesetz zur Bekämpfung der Verschwörung gegen die Republik geschaffen werden und einem zu diesem Zweck zu errichtenden Staatsgerichtshof die nötigen Vollmachten verliehen werden, die Untersuchung gegen die Verbrecher zentral durch eigene Organe zu führen und sie abzustellen.

Das erneute Verbot unseres Münchener Parteiblattes zeigt, daß sich in der Münchener Polizeidirektion trotz des Wegganges Poehners noch nicht viel geändert hat. Will die Regierung Versehenfeld wirklich einen Kurs der Versöhnung steuern, will sie ernstlich die Sünde des Rahr-Regimes gutmachen und sich Vertrauen erwerben, dann muß sie in den nachgeordneten Behörden mit eiserner Befestigung aussetzen. Das Verbot der Münchener „Morgenpost“ ist ein Skandal. In den angezogenen Sätzen, die das Verbot rechtfertigen sollen, ist nicht mehr gesagt, als was die Spähen von den Dächern pfeifen und was in der politischen Tagespresse hundertmal festgestellt wurde.

In erster Linie muß aber nun endlich die Verordnung des Reichspräsidenten fallen. Wenn man schon unter gewissen Umständen gezwungen ist, eine solche Ausnahmeverordnung zu erlassen, dann muß man es auch verstehen, sie wieder aufzuheben. Daß diese Verordnung, die zum Schutz der Republik erlassen wurde gegen ihre Gegner von rechts, in den Ländern mit reaktionärem Kurs wie Bayern durchaus gegen links angewendet wird, ist selbstverständlich. Die noch bestehende Verordnung des Reichspräsidenten hat der Münchener Polizeidirektion einen willkommenen Erfolg für den eben erst aufgehobenen Ausnahmezustand. Deshalb: Weg mit der Ausnahmeverordnung!

Der Gareis-Mörder entlarvt?

Aus dem Münchener Verschwörersumpf

Die „Münchener Post“ legt ihre Enthüllungen über die bayerischen Verschwörerorganisationen fort. In ihrer gestrigen Ausgabe stellt sie den großindustriellen Konzern, der die Mörderzentrale finanzierte, an den Pranger. Unter dem Titel „Östhandels-Gesellschaft“ schreibt das Blatt:

Die Östhandels-Gesellschaft wurde seinerzeit gegründet, angeblich zu dem Zweck, mit den Öststaaten, namentlich mit Ungarn, Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Der tatsächliche Zweck ist lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn. An der S. m. b. H. sind beteiligt der bekannte Kommerzienrat Feusz und der Konsul Rude. Die Leitung ist in München Ring-Hotel, dem bisherigen Sitz der Einwohnerwehrgesellschaft. Der erste Direktor ist der Materialreferent der Landesleitung der Einwohnerwehrgesellschaft, der zweite Direktor ein Major, der früher längere Zeit in Ungarn tätig war. Eine Filialdirektion der Östhandels-Gesellschaft befindet sich in Budapest.

Wir erlauben uns die Anfrage, ob es richtig ist, daß Leutnant Schmeißhardt, der als Täter des politischen Mordes im Forckenrieder Park festgestellt ist und außerdem hingerichtet verurteilt erscheint, an dem Mord des Abgeordneten Gareis beteiligt gewesen zu sein, von der Östhandels-Gesellschaft im Ausland beschäftigt wird.

Bei dem Mord im Forckenrieder Park handelt es sich um das Dienstmädchen, das wegen angeblichen Betrugs von Einwohnerwehrgesellschaft an die Entente seinerzeit um die Ecke gebracht wurde.

Die Veröffentlichungen der „Münchener Post“ lassen in einem wahren Abgrund blicken. Wer magt jetzt noch das Bestehen einer wohlorganisierten Mörderzentrale zu behaupten? Wer magt jetzt noch zu behaupten, daß diese Mörderzentrale von der Regierung Rahr mit aller Sorgfalt behandelt, nämlich indirekt unterstützt, wurde? Alles, was wir seit Jahr und Monaten über das Bestehen einer Mörderzentrale geschrieben haben und was in der übrigen Presse stets

mit heller Entschiedenheit abgelehnt wurde, ist bestätigt. Gareis ist der Mörderzentrale zum Opfer gefallen, wie Erzberger durch sie ermordet wurde.

Und die Münchener Polizeidirektion? Und die Münchener Staatsanwaltschaft? Und die Regierung der Ruhe und Ordnung? Sie alle haben das Treiben geduldet, sie alle sind mitschuldig. Wird man jetzt die Spuren des Mörders von Gareis verfolgen? Der sieht ganz sicher dort, wo auch Erzbergers Mörder in Sicherheit gebracht sind, in Horthy-Ungarn. Das Bayern der Ruhe und Ordnung hat den Mördern den Weg zur Flucht gebahnt.

Der Kampf um die Kartoffeln

Empörung unter den Ruhrbergarbeitern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Bochum, 11. Oktober.

Infolge des vollständigen Ausbleibens der Kartoffelzufuhren nach dem Ruhrgebiet hat unter der Industriebevölkerung, namentlich aber unter den Bergarbeitern, eine bedenkliche Erregung Platz gegriffen. Trotz des schönen Wetters und der diesjährigen ertragreichen Kartoffelernte kommen fast keine Kartoffeln nach dem Ruhrgebiet. Die Bittgesuche an die Regierung und die maßgeblichen Kreise um bessere Belieferung zu annehmbaren Preisen für das Ruhrrevier bleiben erfolglos. Das vollständige Ausbleiben der Kartoffelzufuhren wird von den Bergarbeitern auf das systematische Zurückhalten der Agrarier, um höhere Preise zu erzielen, zurückgeführt. Die Ruhrbergarbeiter sind nicht gewillt, dieses Treiben der Agrarier und der stillen Duldung der Regierung weiter tatenlos zuzusehen. Der große Unwille gegen die Sabotage der Agrarier fand bereits in öffentlichen Straßendemonstrationen seinen Ausdruck.

Wird die Getreideumlage erfüllt?

Im Reichstage hat Genosse Dr. Herx folgende kleine Anfrage gestellt:

§ 1 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 bestimmt, daß die Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide zu einem Viertel bis 15. Oktober 1921 an die Reichsgetreidebestelle zu liefern ist.

Ich frage deshalb:

1. Wie hoch ist die bis zum 15. Oktober tatsächlich abgelieferte Menge? Und zwar a) Roggen, b) Weizen, c) Gerste, d) Hafer in den einzelnen Landesteilen bzw. Provinzen?
2. In wie vielen Fällen hat die Reichsgetreidebestelle von der Vorschrist in § 13 Abs. 1 Gebrauch gemacht und die Ablieferung bis zu einem Monat verlängert? Welche Mengen sind dadurch ausgefallen?
3. In welchen Fällen ist der § 19 in Anwendung gelangt? Welche Mengen sind hierdurch ausgefallen?
4. Sind die Kommunalverbände genügend gewesen, von der Erlaubnis bzw. Verpflichtung in § 21 zur Enteignung Gebrauch zu machen?

Bersekung der kommunistischen Partei

Ähnlich wie in Deutschland vollzieht sich auch in den anderen Ländern unaufhaltsam die Bersekung der kommunistischen Bewegung. So hat sich vor kurzem in der Schweiz ein Teil der kommunistischen Partei von ihr abgegliedert und eine „Unabhängige kommunistische Partei“ gegründet. Die kommunistische Zentrale erläßt nun eine Bannbulle gegen diese Partei, indem sie die Sätze zitiert, mit der Klara Zetkin sich kürzlich gegen die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ in Deutschland gewandt hat. Klara Zetkin, die bisher treu zu Levi hielt, nun als internationale Kronzeugin gegen die Leviten! Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben.

Monarchistische Pläne

Aus der Herzensküche der Deutschnationalen

Wenn die Monarchisten behaupten, kein Mensch denke im Augenblick an die Wiedereinführung der Monarchie oder gar an einen gewaltsamen Sturz der Republik, so werden sie mit solchen Versicherungen bei niemandem Glauben finden. Wissen wir doch, daß sie geradezu auf den Augenblick lauern, um ihre Pläne durchzuführen. Einer der Ährigen, der Prof. Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven, gibt dies in einem Artikel „Monarchistendämmerung“ im roten „Tag“ denn auch unumwunden zu. Zwar meint er, heute sei die Wiedereinführung der Monarchie eine Unmöglichkeit, fährt dann aber fort:

„Doch wer sagt uns, daß die Verhältnisse sich nicht binnen kurzem ganz anders gestalten, und das nicht das, was eben unausführbar ist, binnen wenigen Jahren selbstverständlich erscheint. Es ist z. B. durchaus möglich, daß die Wirtschaft, unter der wir jetzt zu leiden haben, allmählich in immer weiteren Kreisen des Volkes den Wunsch nach der Rückkehr der Monarchie weckt und daß durch den Reichstag oder durch einen Volksentscheid die Wendung herbeigeführt wird. Es ist möglich, daß die Entwicklung uns durch daselbe tiefe Elend führt, das Rußland jetzt zu erdulden hat, und daß dann das verzweifelte Volk seine Fürsten zurückruft.“

Indessen, der Herr Professor ist nicht nur der Meinung, daß die Zeit der Monarchisten bald kommen wird, sondern er vertritt auch den Standpunkt, daß der Zeitpunkt für die Monarchie schon einmal da war, aber leider nicht ausgenutzt wurde.

In der kurzen Geschichte der deutschen Republik hat es übrigens auch einen Augenblick gegeben, der die Lösung herbeiführen konnte. Es war das im Juni 1919, als die damaligen Mehrheitsparteien den Deutschnationalen vor der Unterzeichnung des Versailler Friedens die Uebernahme der Regierung anboten. Diese forderten die Zulage parlamentarischer Unterstützung und lehnten ab, als sie ihnen verweigert wurde. Denkbar war aber auch ein anderer Ausgang. Die Deutschnationalen konnten einen Mann von rücksichtsloser Tatkraft und unbegrenzter Verantwortungsbereitschaft berufen. Das brauchte kein Parlamentarier, kein Zivilist, es konnte ein Militär, wie etwa der Graf Goltz, sein, der in Finnland und im Baltikum zur Genüge bewiesen hat, daß er nicht nur ein hervorragender Heerführer, sondern auch ein vollkommener Herrscher ist. Die Nationalversammlung konnte aufgelöst, das kaum demobilisierte Heer unter die Fahnen gerufen werden. Gewiß hätte nach Osten nur ein Verteidigungskrieg geführt werden können, und vielleicht hätte manche Provinz dem Feinde preisgegeben werden müssen. Aber auch die Entente war kriegsmüde und im Osten, den Polen gegenüber, hätten wir uns schablos gehalten. Natürlich wäre es ein Wagnis gewesen, das mißlingen konnte. Der es unternahm, mußte gefaßt darauf sein, sein Haupt auf den Block zu legen. Aber in tieferes Elend, als wir jetzt erleben, konnte auch ein solches Tun uns nicht stürzen. Und wenn es gelang, verhielt es hohen Lohn, verhielt es auch die Wiederaufrichtung der Monarchie.“

Die Mittelungen Professor Freytag-Loringhovens sind außerordentlich wertvoll. Sie bestätigen, daß die Luftstandspläne, die vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages in einflussreichen politischen und militärischen Kreisen gehegt wurden, und denen auch Roste, Winiß usw. wohlwollend gegenüber standen, einen Teil eines weitreichenden Plans bildete, dem die Wiederaufrichtung der Monarchie und ein neuer Krieg gegen die Entente und Polen zugrunde lag. Daß es nicht zu dieser Katastrophe gekommen ist, verdankt das deutsche Volk in erster Linie dem rücksichtslosen und energischen Vorgehen der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich in jenen denkwürdigen Monaten an die Spitze der Friedensbewegung stellte.

Wenn nun eine der deutschnationalen Korymphe an die Postpläne vom Juni 1919 erinnert und die Kandidatur des Finnenmörders Goltz für den Posten eines militärischen Diktators in die Deffenlichkeit langiert, so ist das wohl kaum ein Zufall. Angesichts der Zuspitzung der außenpolitischen Lage und des innerpolitischen Krisenzustandes wittern die deutschnationalen Katastrophopolitiker erneut Morgenluft. Sie schenken die Katastrophe herbei, wie sie im Juli 1914 den Weltkrieg herbeigeholt haben! Die deutsche Arbeiterklasse muß in diesen kritischen Tagen doppelt wachsam sein, um die verbrecherischen Pläne der deutschnationalen Putschisten zu vereiteln.

Den obenstehenden Ausführungen sind als wertvolle Ergänzungen die Bestrebungen hinzuzufügen, die in Ostpreußen im Gange sind. Ostpreußen, das durch die Bestimmungen des Friedensvertrages insofern vom Reich abgeschlossen und von fremden Grenzen umschlossen ist, ist eine der stärksten Bollwerke der monarchistischen Reaktion. Hier ist es besonders der Freiherr von Gopl, der in außerordentlich geschickter, aber um so gefährlicherer Weise den Kampf gegen die Neuordnung organisiert. Freiherr von Gopl nennt sich im Nimbus des deutschen Abstammungsvieles in Ostpreußen, an dem er so unschuldig ist, wie ein kleines Kind. Wenn die Ostpreußen in ihrer erdrückenden Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland gestimmt haben, so haben sie nur bewiesen, daß sie auch dem neuen Deutschland trotz der Schimpereien des Herrn von Gopl die Treue halten. Herr von Gopl arbeitet mit Hartnäckigkeit daran, eine eigene Vertretung der Provinz Ostpreußen in Berlin zu errichten. Der Provinzialausschuß, dessen Vorsitzender Herr von Gopl ist, unterstützt ihn in seiner Mehrheit. Diese Berliner Provinzialvertretung für Ostpreußen würde nichts anderes als eine Nebenregierung bedeuten, die den verhassten demokratischen Oberpräsidenten Siehr politisch kassieren würde. Die preußische Regierung darf um keinen Preis diesen Plänen Vorschub leisten. Herr von Gopl hat sich durch die Gründung des „Staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ eine eigene Truppe geschaffen. Sie marschiert zwar unter neutraler Flagge, ist aber durchaus rechtlich gerichtet und verfolgt dieselben Ziele, wie der völlig deutschnationale Heimatbund. Unter dem Rufe „Schutz der Provinz“ ist nichts anderes als die Sehnsucht nach Orgeß und Selbsthülfe zu sehen. Der Schutz der Provinz ist Sache des Staates. Die preußische Regierung hat alle Ursache, den Vorgängen in Ostpreußen ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Waffenlager in Ostpreußen?

Das Königsberger Oberpräsidium teilt mit: Die Königsberger „Volkszeitung“ bringt in dem Leitartikel ihrer Nummer vom 11. Oktober 1921 Mitteilungen über die Entwertung Ostpreußen, wonach von Seiten privater Organisationen trotz der bestehenden Anordnungen Waffenlager in der Provinz unterhalten werden. Es ist sofort von Seiten des Oberpräsidiums Veranlassung genommen worden, eine Untersuchung auf Grund der gegebenen Anordnungen einzuleiten. Die Schriftleitung des genannten Blattes und die Leitung der S. B. D. Ostpreußen werden aufgefordert, das in dieser Hinsicht vorhandene Material dem Oberpräsidium zur Verfügung zu stellen, um auf Grund desselben die Untersuchung mit aller Unparteilichkeit unter Wahrung der berechtigten Interessen der gesamten Bevölkerung Ostpreußens führen zu können.

Demonstrationsverbot für die Deutschnationalen. Der Deutschnationale Schutz- und Trutzbund hält alljährlich einen Deutschen Tag ab, der im vorigen Jahr in Weimar stattgefunden hat und dieses Jahr vom 14. bis 18. Oktober in Detmold abgehalten werden sollte. Diese deutschnationale Veranstaltung ist insofern von den Behörden beschränkt worden, als alle in Aussicht genommenen öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten worden sind, und der Deutsche Tag nur auf Zusammenkünfte in geschlossenen Räumen beschränkt ist.

Die neue Regierung in Schweden. Branting hat dem König folgende Ministerliste vorgelegt: Ministerpräsident und Minister des Innern: Branting, Wehrminister: B. A. Hansson, Soziales: Herm. Lindquist, Verkehr: Boerne, Finanzen: Thorsson, Kultus: Olaf Olsson, Landwirtschaft: Sigurd Linders, Handel: C. E. Svensson, Ohne Portefeuille: Sandler, Rohlin und Schjörter.

Krise in der Metallindustrie

Die Entscheidung bis Freitag vertagt

In überfüllter Versammlung nahmen am Dienstag abend die AM-Funktionäre der Berliner Metallindustrie erneut Stellung zu der Situation, über die wir schon berichtet haben.

Genosse Friz Schmidt berichtete über die neuesten Ergebnisse. Auf das Ultimatum der Funktionäre haben die Arbeitgeber schriftlich mitgeteilt, daß sie sofort nach Fällung des Schiedspruches für kommenden Donnerstag eine Generalversammlung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen angesetzt hätten. Es sei ihnen nicht mehr möglich, die Versammlung, in der über die Forderungen der Angeketteten entschieden werden soll, zu vertagen. Darum könnten die Arbeitgeber die Fristen des Ultimatus der AM-Funktionäre nicht einhalten. Telephonisch wies der Geschäftsführer des V. B. M. J. darauf hin, daß am Dienstag zum Mittwoch ein hoher jüdischer Feiertag falle, was auch eine Frühverlegung der Generalversammlung unmöglich mache.

Unter heftigem Widerspruch der Funktionäre teilte Genosse Friz Schmidt mit, daß der Metabets aus tatsächlichen Erwägungen heraus einstimmig beschlossen habe, die Entscheidung über den Streik bis Freitag zu vertagen.

In der Diskussion siegte schließlich die Ansicht, daß es taktisch klüger ist, erst die Stellungnahme der Generalversammlung der Berliner Metallindustriellen abzuwarten und dann ohne neue Funktioniärsversammlung die Entscheidung der Organisationsleitung zu überlassen.

In der Hand der Metallindustriellen liegt nun die Entscheidung, denn die Stimmung unter den Angeketteten und ganz besonders die Abkimmungen beweisen, daß mit dem Streik auf der ganzen Linie am kommenden Freitag zu rechnen ist, wenn die Generalversammlung des V. B. M. J. den Forderungen der Angeketteten nicht Rechnung trägt.

Eine von der Versammlung beschlossene Resolution ist diesem Sinne wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Der Wahlkampf

Der Kampf um die Einheitsgemeinde Berlin ist auf das Festigste entbrannt. Das vereinigte Bürgertum kämpft mit Fieberhitze. Bergehoch türmt sich der Wust von Flugblättern. Eine Schlammflut von Verdrehungen und Lügen geht über die Bevölkerung dahin.

Das Bürgertum kämpft für eine schlechte Sache

Es kämpft um seine Herrschaft, die eine Herrschaft niedrigerer Selbstsucht ist. Es kämpft dafür, daß alle Lasten zur Erhaltung der Gemeinde auch weiterhin von den unbemitteltesten Schichten der Bevölkerung getragen werden sollen. Es will erreichen, daß alle Leistungen der Gemeinde nach wie vor den Besitzenden zugute kommen. In den kommunalen Betrieben wittert das Bürgertum Verdienstmöglichkeiten. Sie sollen daher dem wuchernden Kapital ausgeliefert, in privatwirtschaftliche Betriebe umgewandelt werden. Kurz: Das Bürgertum kämpft um den Profit.

für das Portemonnaie

Es führt den Kampf so, wie man den Kampf für eine ungerechte Sache nur zu führen vermag: mit Lüge und Verleumdung.

Die Arbeiterklasse kämpft für eine gerechte Verteilung der kommunalen Lasten. Kämpft dafür, daß die Mittel der Gemeinde zum Zwecke der sozialen Hilfe an Arbeitslose und Erwerbsbeschränkte aus den Steuerleistungen der Besitzenden gedeckt werden. Die Leistungen der kommunalen Betriebe sollen ausschließlich dem Vorteil der Gesamtbewölkerung, nicht der Bereicherung einzelner Kapitalisten dienen. Die Bevorzugung der Reichen im Schulwesen soll aufhören. Eine Schule soll entstehen, die den Massen der Proletarierjugend lebendige Bildung vermittelt.

Das Proletariat kämpft für die Sache der Gerechtigkeit und Freiheit!

Es muß die letzten Tage des Wahlkampfes ausnützen. Dem Eifer des Bürgertums muß die Arbeiterklasse die ganze Wucht ihres erprobten Clans entgegensetzen. Der Lüge und Verleumdung seiner Feinde gegenüber dient dem Proletariat die Wahrheit und der Hinweis auf den Erfolg der unter sozialistischem Einfluß stehenden neuen Stadtverwaltung.

Ans Werk und zum Sieg!

Was muß zur Wahl beachtet werden?

1. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.
2. Wahlberechtigt sind alle am Wahltag über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die an diesem Tage seit einem Jahre ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde Berlin haben.
3. Jeder Wähler muß sein Wahlrecht in dem zuständigen Wahllokal ausüben. Das Wahllokal ist zu erfahren beim Wahlbüro des Magistrats, Stralauer Straße 44/45 oder an allen Anschlagtafeln zu ersehen.
4. Einen Wahlschein, der zur Wahl in einem beliebigen Wahllokal berechtigt, erhalten nur Personen, die nach dem 22. September ihre Wohnung in einem anderen Wahlbezirk verlegt haben, wenn sie infolge Gebrechens, eines günstiger gelegeneren Wahlortes aussuchen wollen, ferner die nach dem 22. September zugezogenen Kriegsbeschädigten, Flüchtlinge und heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen. Den Wahlschein erteilt das zuständige Bezirksamt.
5. Für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen ist nur ein Stimmzettel abzugeben, der für beide Wahlen gilt. Der Stimmzettel darf kein Kennzeichen haben.
6. Jeder Wähler achtet darauf, daß er den vorchriftsmäßigen Stimmzettel der Unabhängigen Sozialdemokratie abgibt.

Was eine bürgerliche Mehrheit bringt

Interessenpolitik der Hausbesitzer

Die Berliner Handelskammer hat an das Reichsministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie um eine Änderung des Gesetzes über die Förderung des Wohnungsbaues ersucht. Die Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes sehen vor allem eine Unterstützung der Kleinhäuser, Stedlungshäuser usw. vor. Dagegen wendet sich die Handelskammer und fordert Unterstützung des Baues von Mietskasernen, weil sie den Hausbesitzern mehr Gewinn bringen! Bernünftigerweise hat das Reichsministerium den struppelosen Interessenpolitikern der Handelskammer eine eindeutige Antwort erteilt, in der es u. a. heißt:

„Etwas sich die Bedenken darauf beziehen, daß die Kleinhäuser bei der Bevölkerung keinen Anlang finden, werden sie dadurch entkräftet, daß sich bisher stets mehr als genügend Bewerber gefunden haben. Der Bau von Kleinhäusern, der in früherer Zeit sehr zum Schaden der Volksgesundheit vernachlässigt worden ist, kommt namentlich heute, wo die Bevölkerung zum großen Teil an der Entkräftung während des Krieges zu leiden hat und die Lungentuberkulose sich wieder in ganz bedenklicher Weise ausbreitet, einem dringenden Bedürfnis entgegen und wird von den weitesten Schichten des Volkes begrüßt.“

Die Handelskammer machte sich also zum Vertreter der Interessen von Grundstückspekulanten und Hausbesitzern, unbümmert darum, ob ihre Politik zum Schaden der Volksgesundheit und dem Bedürfnis der weitesten Schichten der Bevölkerung entgegen ist. In der Handelskammer haben sich aber diejenigen Kreise eine Interessenvetretung geschaffen, die die Mehrheit in Groß-Berlin erringen wollen. Hansabund und Handelskammer dienen den bürgerlichen Parteien, und in der Politik dieser Institutionen erhält die Berliner arbeitende Bevölkerung

einen Vorgeschnad dessen, was ihrer bei dem Siege der bürgerlichen Parteien harrten würde: Struppellose Ausbeutung durch die Hausagrarien, Behandlung der Wohnungsfrage ausschließlich nach den Profitinteressen der Grundstückspekulanten, schwerste Schädigung der Volksgesundheit! Deshalb muß nicht nur ein bürgerlicher Sieg verhindert, sondern den Interessenpolitikern des Bürgertums eine gründliche Niederlage bereitet werden! Dazu trägt jeder bei, der am 18. Oktober seine Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie gibt.

Wie soll gebaut werden?

In Berlin gibt es gegenwärtig 128 000 Wohnungsuchende. Die Zahl ist allein schon ein Beweis, welcher enorme Schaden durch die Verhinderung der Bautätigkeit während des Krieges eingetreten ist. Die Zahl ist weiter ein Beweis dafür, daß der vorhandene Wohnraum auch nicht im entferntesten ausreicht, nur einen Teil der Wohnungsuchenden unterzubringen, ganz abgesehen davon, daß schon aus volksgesundheitlichen Gründen neuer Wohnraum in weitestem Umfang beschaffen werden muß.

Gebaut muß also werden. Reich, Staat und Gemeinden haben durch Zumeisung von Bauzuschüssen erkennen lassen, daß auch sie von der Notwendigkeit der Wiederbelebung der Bautätigkeit überzeugt sind. Wenn nun die Mittel, die man für Neubauten zur Verfügung stellt, bei weitem nicht ausreichen, so muß doch schon die Verteilung der bis jetzt vorhandenen Mittel aufmerksam kontrolliert werden. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit haben die beiden sozialistischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Mai einen gemeinsamen Antrag mit Richtlinien für die städtische Siedlung- und Wohnungspolitik eingebracht. Die grundsätzliche entscheidende Sache aus diesem Programm lautet:

Die Baustoffbeschaffung ist einheitlich zu regeln. Sie hat im großen durch eine im Auftrage der Stadt handelnde gemeinwirtschaftliche Baugesellschaft zu erfolgen. Die aus Mitteln der Allgemeinheit aufzubringenden Baustoffzuschüsse sind unter Vermeidung aller Ueber- und Zwischengewinne gemeinnützig zu verwenden. Der Baustoffwucher ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Zur Erzielung einer rationellen Ausnutzung der Geldmittel und der Baustoffe und zur Erreichung von Höchstleistungen der Hand- und Kopfarbeiter ist die Bauausführung in erster Linie Treuhändern nach Art der sozialen Baubetriebe und Bauhütten zu übertragen.

Es handelt sich also darum, zu verhindern, daß die knappen Mittel in Profite für die private Bauindustrie verwandelt werden. Die wiedererwachende Bautätigkeit darf nicht zu einem Tumultspiel der privatkapitalistischen Profitinteressen werden, sondern die Knappheit der Mittel erfordert eine so wirtschaftliche Verwendung, wie sie nur durch gemeinwirtschaftlichen Bau unter der Kontrolle der Allgemeinheit gesichert erscheint. Wie notwendig diese grundsätzlichen Forderungen der sozialistischen Parteien gerade auf dem Gebiete des Bauwesens ist, sei an einigen Zahlen erwiesen.

Da die Forderung nach gemeinwirtschaftlicher Verwaltung des gesamten Bauwesens bisher nicht durchgeführt ist und auch auf diesem Gebiet noch das „freie Spiel“ der kapitalistischen Kräfte walte, so drückt sich denn auch — beziehend genug — die erwachende Bautätigkeit sofort in enormen Gewinnen der beteiligten Industrien aus. In der Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, der „Sozialen Bauwirtschaft“, wird eine Aufstellung darüber gegeben, wie die Aktien der baustoff-erzeugenden Industrien im Steigen begriffen sind. Wir greifen einige Beispiele heraus: Die Aktien der drei Zementfabriken: Portland Zementfabrik A. Gieseler, Creppiner Werke, und Rheinisch-Westfälische Kalkwerke hatten am 1. Juni d. Js. einen Kurs von 368,848 und 590. In der kurzen Zeit bis zum September d. Js., in der die Bautätigkeit besonders wieder aufgelebt ist, liegen die Aktien derselben drei Fabriken auf 1400, 2200 und 1600, bei allen drei Fabriken also nahezu auf das dreifache des Juniurses. Dem entspricht die zuletzt gezahlte Dividende, die bei den drei Fabriken 30 Prozent, 44 Prozent und 25 Prozent beträgt. Diese Zahlen sind anerkennend genug. Sie

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Mittwoch, den 12. Oktober, abends 7 Uhr

- Ebertstr. 6, Ecke Feldensfeldstr., Lokal Straße
 - Heiligensee: Lokal Dorfsee
 - Waldmannsluft: Lokal Markt
 - Treptow: Viktoriagarten (Nische) am Treptower Park 26
 - Pichelsdorf-Spandau: Brauerei Pichelsdorf (N. Saal)
 - Baumschulweg: Lycium Baumschulstr.
 - Rudow: Lindenhof
 - Heinersdorf: Galthof V. Lutz, Kaiser-Wilhelm-Straße
 - Friedrichshagen: Aula des Gymnasiums Schulstr.
- Referenten sind die Genossen Franke, Müller, Dr. Wenl, Eggert, Kunkler, Kubig, Dr. Breitscheid, Rosin

Frauen-Wähler-Versammlung

Bohnsdorf: bei Hßlitz, Referentin Ella Seger

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr

- Sebastianstr. 39, bei Wille (Mietersversammlung)
- Ebertstr. 10, Ecke Kochmannstr., Lokal Jerusa
- Fidicinstr.: Sodabrauerei (Versammlung des techn. Personals der Straßenbahn)
- Pankow: Schulaula Mollanstr. 131
- Lichtenberg: Wärsers Fehlsle, Frankfurter Allee Ecke Ruchstr. (Versammlung der Straßenbahner)
- Hermoldstr.: Lokal Bellevue
- Gatow-Spandau: Restaurant Hans Krause
- Mariendorf: Aula Gymnasium Kaiserstr.
- Wittenau: bei Friedr. Schulze, Oranienburger Str.
- Cladow-Spandau: Restaurant Hans Baumann
- Friedenau: Rathaus, Bürgeraal
- Niederschöneweide: Schulaula Berliner Str.
- Wlkershof: Lokal Wlkershof, Bismarckstr.
- Reinickendorf-Ost: Schützenhaus, Residenzstr.
- Tegel: Lokal Hamulek, Hauptstr. (7 1/2 Uhr)
- Pankow: Realgymnasium Kaulbachstr.
- Siedlung Lindenhof: im Reddenheim

Referenten sind die Genossen Rosin, Maag, Peib, Stimming, Bergmann, Ulrich, Claus, Reichert, Dr. Moses, Kunkler, Rabitz, Dr. Perh, Fabianke, Genossin Sinceder.

zeigen, daß immer zu erst der Unternehmer oder, wie es in diesem Falle ist, die an der produktiven Arbeit ganz unbeteiligten Aktionäre das Fett abschöpfen. Der Kapitalismus macht aber dabei auch nicht vor der größten Not halt. Er kennt kein soziales Empfinden, die Wohnungsnot ist ihm zum Geschäftsmachen ebenso willkommen, wie es während des Krieges die Lebensmittelnot der breiten Massen war.

Die bürgerlichen Parteien streben auch jetzt noch an, den notwendigen Wohnungsbau durch die Privatindustrie vornehmen zu lassen. Man will an den kostbaren Mitteln, die von Reich, Staat und Gemeinde für produktive Erwerbslosgesamtheit und Förderung des Wohnungsbauwesens bewilligt worden sind, auch noch die Unternehmer mit Gewinn beteiligen. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Die Wohnungsnot ist so groß, und die Mittel für den Bau neuer Wohnungen sind so knapp, daß es ein Verbrechen an der Bevölkerung bedeutet, davon auch noch den Unternehmern ihre weit geöffneten Taschen zu füllen. Deshalb muß die Stadt Berlin in der kommenden Stadtverordnetenversammlung eine Vertretung erhalten, die in ihrer Mehrheit die Sicherheit für die richtige Verwendung der bereitstehenden Mittel, für gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau bietet. Das kann aber nur eine sozialistische Mehrheit sein, deshalb muß die gesamte arbeitende Bevölkerung am 18. Oktober für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmen.

Preussischer Landtag

Dienstag, 11. Oktober

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen werden die Anträge Perh (Ztr.) über die Versorgung der Staatsbeamten mit Winterbrot und Frau Stoffsels (Ztr.) auf Neuorganisation der Holzzuschläge zur Herstellung des geschlichen Verhältnisses zwischen den Bezügen der Beamtenwärter und -anwärterinnen an dem Beamtenausfluß überwiegen. Ohne Aussprache angenommen wird der Antrag Dr. v. Kries (Dn.) über die Aufhebung der Bezüge der aus den Abtretungsgebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittelbaren Staatsdienstes in der vom Ausschuss vorgelegenen Fassung.

Es folgt die Beratung des deutschnationalen Antrages über Franchtmäßigung zwischen Preußen und dem Reich für landwirtschaftliche Bedarfsgegenstände und Erzeugnisse.

Abg. Wormit (Dn.) begründet den Antrag. In der ausgedehnten Aussprache spricht der Genosse Klauener für unsere Fraktion die Ablehnung des Antrages aus, da der entsprechende Landwirtschaft von jeder Liebesgaben zugewendet worden seien. Der Antrag sowie ein deutschvolksparteilicher auf Verbilligung der Lebenshaltung für die ostpreussische Bevölkerung geht an den Verfassungsausschuß.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Großen Anträge Hoff (Dem.) über den Entwurf des Reichsschulgesetzes betr. Bekennnis- und Weltanschauungsschulen.

Verbunden wird die Beratung des Antrages Frau Anner (U. Soz.) über den Wegfall des Religionsunterrichts an den Schulen und des Antrages Dr. Quast-Fagelm (Dn.) auf Unterföhrung der Privatföhlen.

Abg. Frau Lehmann (Dn.) begründet den deutschnationalen Antrag, weitere Mittel zur Unterföhrung der Privatföhlen in den Staatshaushaltsplan einzustellen.

Abg. Kollmann (U. S. V.)

Die Ausführungen der Redner der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums müssen ausschärfte zurückgewiesen werden. Diese Herren beurteilen Schulfragen und insbesondere Volksschulfragen von ihrem erhabenen geistigen Herrschaftspunkt aus, während wir diese Fragen unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse des arbeitenden Volkes betrachten. Wenn der deutschnationaler Redner behauptet, daß wir nur dann nach Freiheit streben, wenn wir in der Blindheit sind, sonst aber unsere Macht zu brauchen wissen, so ist das eine offensibare Unwahrheit. Als die Deutschnationalen vor der Revolution in Preußen ganz allein die Macht besaßen, haben sie von dieser Macht geradezu brutal Gebrauch gemacht. Leider können wir das von der ersten Revolutionsregierung nicht behaupten. Sie hätte durch einen Akt der revolutionären Energie die Trennung von Staat und Kirche

proklamieren müssen. Das Weimarer Schulkompromiß und alle seine für die Entwicklung unseres Schulwesens so überaus traurigen Folgeerscheinungen wären uns erspart geblieben. Es ist bedauerlich, aber auch erklärlich, daß noch soziale Redner an dem Religionsunterricht festhalten wollen. Sie überzeugen sich aber nicht und mehr, daß sie niemals von dem lähmenden Einfluß loskommen werden, solange noch der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Volksschule sein wird, wenn sie diesen Unterricht nach ihrer Meinung auch noch so modern gestalten können. Es mag den Lehrern und Erziehern zugestanden werden, daß es möglich ist, auch durch eine religiös gefärbte Erziehungsmethode gute Erfolge zu erzielen. Aber diese Erfolge verdanken sie nicht dem religiösen Stoff, den sie verarbeiten, sondern ihrer Unterrichtskunst, ihrer Methode.

Der Redner des Zentrums, Herr Dr. Lauscher, wünscht als Höchsten den inneren Frieden des deutschen Volkes und die Gewissensfreiheit. Was die katholische Kirche unter Glaubens- und Gewissensfreiheit versteht, können wir am besten aus dem Tridentinisch-Katholischen Glaubensbekenntnis erkennen, daß nicht nur katholische Priester, sondern auch Lehrer ablegen müssen. Den Vertretern der Kirchen ist nicht die geistliche Ethik die Hauptsache, sondern es kommt ihnen in erster Linie auf die Behauptung und Befestigung ihrer Macht im Volkleben an, die durch die Revolution beträchtlich eingeschränkt worden ist. Wie lehnen die konfessionelle Schule ab

und fordern die Weltlichkeit der Schule,

nicht als Ausnahme, sondern als Regel. Denn die weltliche Schule ist die Voraussetzung für die Einheitschule, wie wir sie aufbauen wollen. Nach unserer Auffassung muß die Einheitschule die Verwirklichung des Begriffs der Gleichberechtigung und Solidarität aller Volksgenossen werden. Wir wissen, daß wir diese Einheitschule gegen den Willen eines Teils der Lehrerschaft aufbauen müssen. Wenn auch noch viele von ihnen widerstreben, so dringt doch in immer weitere Kreise der Lehrerschaft die Erkenntnis, daß nur unter dem Banner des Sozialismus unser Schulwesen so gestaltet werden kann, wie es dem Wohle des Volksganges entspricht. Mögen sich die Geistlichen aller Konfessionen um ihre Glaubenssätze die Köpfe zerbrechen — in die Schule dürfen diese in Zukunft nicht mehr eindringen; denn die Schule hat Besseres zu tun. (Beifälliger Beifall bei den U. Soz.)

Das Haus verläßt sich. Abg. Dr. Wenzel-Ostpreußen (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Große Anfrage Braun (Soz.) über das Verhältnis des Breslauer Polizeipräsidenten zur Ordnung zu setzen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der 3 sozialistischen Gruppen abgelehnt.

Mittwoch, 11. Uhr: Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Personalpolitik des Ministers des Innern und über das Vorgehen des statistischen Landesamts gegen Angestellte, die eine schwarz-rot-goldene Fahne geführt hatten. Große Anfrage über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule. — Kleine Etats.

Theater und Vergnügungen

Volkshühne
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär
Neues Volkstheater
Spandauer Str. 68
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Staatstheater.
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Tosca
Schauspielhaus
(Kaiser Hoftheater)
7 1/2 Uhr: Der Günstling
Friedr. L. Mag. Kleinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Kean
Kammerpiele
Über Der Günstling
Großes Schauspielhaus
Kochstraße
7 1/2 Uhr: Die Räuber
Theater l. b.
Rönngräber Str.:
Die Fahrt
ins Blaue
Erika Ollner, Richard, Engel,
Ernst Pröckl, Blüth, Blüth,
Do. Die Fahrt ins Blaue
Fr. Die Fahrt ins Blaue
Ebenfalls zum 1. Mal
Nanon Lescaut
Schauf. u. Carl Sternheim
(Oskar, Jennifer, Hermann,
Bibi, Hans, Ursula,
Vida, Hebe, Rupp,
u. Zwerbach)

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Carola Toebe in
Fr. Josephe — meine Frau
Matthala-Theater
8 Uhr:
Die Götter von Corneville

Wien-Urbin
14 Varieté-
Sensationen
Beginn 7 1/2 Uhr
Kais. Hoftheater

TAUENTZIEREN
VARIÉTÉ
im
TAUENTZIEREN
PALAS
Das sensationelle
Oktober-Variété-
Programm!
Beginn 8 Uhr.

Romödienhaus:
8 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
Lorenz Charles-Schmuck
Jonnys
Busenfreund

Alhambra
Variété
am Moritzplatz
Celly de Rheid
mit dem Musikprogramm
Vollbesetzung

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritz Maffroy u. G.
Ralph Arthur Roberts,
Bepi Zampa, Herb. Ripper
Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen
Theater
am Rollendorplatz
8 Uhr:
Der Better
aus Dingsda
Theater des Offens
Das Glück der kleinen Leute
Residenz-Theater
Diga Linburg, Kaiser - Platz
in Der König in Paris

LTL.
Luisen-Theater.
Lichtspiele
Reichenberger Straße 23
Perla des Orients
mit Viggo Larsen,
Carola Toebe, Manza
Tantschewa, Solf Frasch.
Jac's Geheimnis
mit d. Wandertruppe Jack
Freit. Programmwechsel
2 Vorstellungen 2
— Anfang 6 Uhr. —
Gr. Orchester.
Sonntag Anfang 7 1/2 Uhr.

Trionon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Tod und Zerstörung
von Frank Weidlich
Theater a. Köthbus Tor
Tel. 1. 19077
Tägl. 7 1/2 Uhr u.
8 1/2 Uhr.
Eink.-Sänger
Bühnen-Konzert
Dok. 15-17, u. 4-6

Casino-Theater
Erzählung Diage
8 1/2 Uhr: Pantomime
Apothekentheater
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher
Leitung des Komponisten
PAUL LINCKE
FRAU LUNA
Nachhaltigste Preise

Circus Busch
Tel. 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2
Alles spricht
Alles staunt
Alle kommen
in den Circus Busch!
Die Circus-
Sensationen
Vorwärts, benutzen!

Kreuz-Alaska-Silber.
Zobel, Rotfuchs
Hannoch billig
von 300 an
Skunks-Barn. sehr billig
Pelzfutter
für Damen und Herren
von 250 an
Felle f. Besatz
amer. Op. 65, austr. Op.
110, Seal El. 25, überat-
tel. 45 an
Hemmerfelle
für Sportziege,
für pelzieren.
Pelzwarenhaus
A. Klaf & Co.
Rosenholzer Str. 40/41
am Hofischen Markt

**Sage nicht,
Sage stets, Du möchtest
Urbin
benutzen!**

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin-Terpentinölware,
die noch nie erreichte Qualität.

Arbeiterhilfe für Sowjetrußland
Zum Besten der hungernden russischen Kinder
Donnerstag, den 13. Oktober 1921, abends 7 Uhr
Sophiensäle, Sophienstr. (Nähe Hofischer Markt)
Vortrag mit Lichtbildern
über
**Neue Wege der Erziehung u. des
Unterrichts in Sowjet-Rußland**
Redner: Edwin Hörnle, Schriftsteller
Eintrittspreis 2 Mark
Der Reinertrag des Abends ist für die Errichtung eines
Kinderheims zur Aufnahme hungernder russischer Kinder
bestimmt. Das Komitee Arbeiterhilfe

Ata
Henkels
Scheuerpulver
putzt
reinst
Alles

Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Petroleum
blasses helles, wieder eingetroffen, per Liter 4.25,
von 25 Litern an liefert frei Haus
Paul Rehfeldt, Drogengroßhdlg.
Lindenstraße 107 * Mpl. 1620 u. 1724

Zur Haupt- und Schluss-Ziehung der
Preuss. Staats-Lotterie
vom 14. Oktober bis 14. November
Prämien und Hauptgewinne:
2 x 750 000 | 2 x 250 000
4 x 500 000 | 4 x 200 000
4 x 300 000 | 4 x 100 000
sind Kauflose noch vorrätig
50 M., 100 M., 200 M., 400 M., Porto 60 Pf.
extra
Fr. Müller BERLIN W 56
Postcheckkonto 31158 Werdener Markt 10

Metallankaufsstelle
Gaton,
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Glühlampen
Halbwalllampen und Glühl.
Elektro - Install. - Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Kochstraße, 11.

Anzüge, Schlüpfer
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 350.- bis 750.-
Größe Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigene Ateller Solideste Preise
Imen G. m. b. H. Schloßplatz 1a II

Kropf
behandelt erfolgreich ohne Operation
schmerzlos und ohne Beschränkung. Bei
Niederlage Preis gratis. Heilanstalt
und Wundgenussmittel **C. Wolfert**,
Brunnenstr. 191, Nähe Hofischer Markt.
Sprechst. 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-12.

Leicht beschädigte
Klassiker, Romane, Jugendchriften,
Sozialistische Literatur
25% Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2,
Breite Straße 8/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Angehörigen zur Nachricht, daß folgende Mit-
glieder gestorben sind:
Der Maschinenarbeiter
Wilhelm Renner
am 7. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den
12. 10., nachmittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium
Bismarckstraße, aus statt.
Der Werkgruppenführer
Hermann Senf
am 7. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den
13. 10., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium
Bismarckstraße, aus statt.
Elisabeth Fürch
am 8. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Ok-
tober, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Kirchhofes in Miesbach, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Nege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl
Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frankf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlfindung inf.
Am Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Am 8. d. Mts. ver-
storb nach dreitägiger
Krankheit mein lieber
Vater
Goldfried Kurz
im 66. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, im
Krematorium Bismarck-
straße statt.
Die trauernde Witwe
Anna Kurz
geb. Müller
Bismarckstraße 24

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin W 54, Linienstraße 83-85
Sprechzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Am Donnerstag, den 13. Oktober,
abends 6 Uhr, findet im Verbandes-
bureau Linienstr. 83-85, Zimmer 14,
eine Sitzung der
Anbeamten-Kommission
statt. Wir bitten sämtliche Mit-
glieder dieser Kommission, bestimmt
zu erscheinen.

Achtung Goldarbeiter Achtung
Am Donnerstag, den 13. Oktober 1921
nachmittags 4 1/2 Uhr
im Dresdener Garten, Dresdener Str. 46
Bersammlung
sämtl. Goldarbeiter und Arbeiterinnen
Tagesordnung:
I. Bericht über die Tarifverhandlung
II. Verschickens
Erscheinen aller unbedingt notwendig.

Donnerstag, den 13. Oktober 1921, abds. 6 1/2 Uhr
in der Schulstraße, Gipsstraße 22a
Branchen-Versammlung
der Kran- und Aufzugs-Monteur
sowie Helfer
Tagesordnung:
Die wirtschaftliche Lage
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Achtung! Bauhloffer Achtung!
Freitag, den 14. Oktober 1921, abds. 5 Uhr,
in der Schulstraße, Rappentplatz 12
Branchen-Versammlung
der Bauhloffer und der Kollegen
aus den Betrieben f. gelochte Vieche
Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission
2. Stellungnahme dazu
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung

Botenfrauen
sofort gesucht
Expedition W. Senne
D. 17, Laskerstraße 2
Expedition Kolbe
ND. 18, Weberstraße 25
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
Tour: Alpenstr. und Bräudenstraße
Expedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32
„Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 30,
Zeitensfügel part.
Melungen von 9-11 und 2-6

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

Günstige Gelegenheit!!

Mittwoch ab 1/2 5 Uhr geöffnet

Pelzmäntel!

Seal Electric 3300, 3900
mit Opossumbesatz 5500, 7200
Mohr Plüschmäntel 975
Astrachanmäntel 300, 450, 675
Seidenplüschmäntel 1050, 1600
Sealplüschmäntel 2850, 3500

Ulster 154, 225, 300, 412, 675
Rein wollene Tuchmäntel 398 * Sport-
jacken, Wolle 178, 225 * Impr.
Mäntel 142, 250 * Stoffröcke 66, 112
Gummimäntel für Damen 300, für
Herren 375 * Mantelkleider und
Gesellschaftskleider 396 * Kostüme
168, 215, 346, 475, 615 — 2700

WESTMANN
I. Geschäft: Berlin W 8 2. Geschäft: Berlin NO
Mohrenstrasse 37a Gr. Frankfurter Str. 115
Des großen Andranges wegen in den Nachmittags-
stunden, erbitte Besuch möglichst vormittags.

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117, a. d. Lützowstr.
Glänzende Erfolge durch unter beif-
bewährtes Heilverfahren bei allen
Geschlechtskrankheiten,
Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden
Eduelle sichere Behandlung ohne Beschränkung.
Schmerzlos Goldwasser-Kuren, Harn- und Blin-
unterstützung, Waschung und Verätzung Lokales.
Reichte Zahnlweise.
Warnung
vor minderwertigen oder
schädlichen Heilverfahren
Vor. 1/12-2 u. 3-8, Sonnt. 1/11-1.

Der moralische Zusammenbruch der SPD.
Mark 0.75
Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten
Von Heinrich Ströbel / Mark 2.00
Abrechnung mit den Rechtssozialisten
Von Artur Crispian / Mark 1.00

Zu beziehen durch die
Budhandlg. „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

